Spöltzig 72

Opłacono ryczałtowo. Einzelpreis 0,50 zł. bezw. 0,25 Gmk

Wirtschaftskorrespondenz für Polen

Anzeigenannahme für Deutschland: Kurt Walde, Breslau I.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Bezugspreis in Polen 4 Złoty, im Ausland 2,00 Goldmk monatlich ausschliesslich Bestellgeld, freibleibend. Redaktion, Verlag und Administr. Katowice, M. Piłsudskiego 27 Telefon 168, 1998.

Anzeigenpreise nach festem Tarif. Bei jeder Beitreibung und bei Konkursen fällt jeglicher Rabatt fort. Erfüllungsort: Katowice, Wojewodschaft Schlesien. Bankverbindung: Diskontogesellschaft Katowice und Beuthen P. K. O. Nr. 304238 Katowice

Chefredakteur: Dr. Franz Goldstein, Katowice

Jahrg. VI — Katowice, am 26. Januar 1929 — Nr. 5

Das Holzabkommen

Go. Nach endlosen Verhandlungen ist das am 4. Dezember v. Js. abgelaufene Holzprovisorium zwischen Polen und Deutschland am 19. d. Mts. mit Wirkung vom 24. Januar unterzeichnet worden. Nicht nur in den beteiligten Fachkreisen beider Länder wird diese Tatsache mit Erleichterung und Freude aufgenommen werden. Die Ungewissheit, die über dem internationalen Holzmarkt lastete, dürfte in der gesamten Branche eine Entspannung bringen. Wir wollen aus diesem Grunde die heute müssig gewordene „Schuldfrage" nicht untersuchen. Fest steht so viel, dass durch die Unterbrechung nach Ablauf des alten und vor Schliessung des neuen Provisoriums der Volkswirtschaft beider Länder grosser Schaden zugefügt wurde. Auch wenn man die taktischen Momente, die diese Verzögerung veranlassten, in Rechnung stellt, kann man sehr darüber im Zweifel sein, ob die Diplomatie hier wirklich planvoll gearbeitet hat. Man wollte anfangs gewisse Trümpfe nicht ohne Kompensation aus der Hand geben. Dies scheint durchaus plausibel. Nach langem Hin- und Herzögern hat man sie indes anscheinend doch aus der Hand gegeben, ohne wesentliche Vorteile eingetauscht zu haben, und unnützerweise grösste Beunruhigung und Schäden der Holzwirtschaft beider Länder zugefügt. Man ist froh, dass dieser unhaltbare Zustand, wenn auch nicht ohne empfindliche Wunden, glücklich beseitigt ist. Deutscherseits wird lebhaft bedauert, dass Polen sich nicht bereit befunden hat, die Ausfuhr von Erlenholz frei zu geben. Deutschland wäre bereit gewesen, gegen Konzession beim Erlenholz auf die Kontingentierung ganz zu verzichten und beliebige Mengen Schnittholz hereinzulassen. Polen vertrat indes den Stadpunkt, dass die inländische Erlensperrholzindustrie einen Schutz brauche, weil sonst von den deutschen Käufern den polnischen Fabriken der Erlenrohstoff weggekauft würde, und so blieb das Erlenrundholz ganz ausserhalb des Abkommens. Hoffentlich werden auf beiden Seiten die Grenzbehörden rechtzeitig informiert, damit die Sperre auch de facto am 24. ds. Mts. aufhört, zumal jetzt die Haupteinkaufszeit herrscht.

Dringend zu wünschen bleibt, dass die Handelsvertragsverhandlungen durch die Erneuerung des Holzprovisoriums endlich neuen Impuls erhalten. Auf beiden Seiten herrscht Geneigtheit, die Verhandlungen fortzusetzen. Der polnische Ministerrat vom 22. d. Mts. beschäftigte sich mit den Handelsvertragsverhandlungen, wobei sämtliche Ressort-Minister sowie auch Pilsudski einstimmig ihrer Anschauung dahin Ausdruck gaben, dass der Abschluss eines Handelsvertrages im beiderseitigen Interesse beschleunigt werden müsse. Wir geben nachstehend den Text des Holzprovisoriums im Wortlaut wieder:

Abkommen über die vorläufige Regelung des Holzverkehrs aus Polen nach Deutschland.

Im Hinblick auf die schwebenden Handelsvertragsverhandlungen und die Tatsache, dass das am 30. November 1927 unterzeichnete Abkommen über die vorläufige Regelung des Holzverkehrs aus Polen nach Deutschland am 4. Dezember 1928 abgelaufen ist, sind die deutsche und polnische Regierung dahin übereingekommen, zur weiteren Regelung des Holzverkehrs aus Polen nach Deutschland ein neues Abkommen zu schliessen.

1. Deutschland gewährt Polen ein Einfuhrkontingent von **1.250.000 cbm Schnittholz (Pos. 76 des deutschen Zolltarifs)**, für welches der gegenwärtige Zollsatz von 1 Reichsmark für einen Doppelzentner nicht erhöht wird. Dieses Kontingent kann in der Zeit vom Inkrafttreten des Abkommens bis einschl. 31. Dez. 1929 nach Deutschland eingeführt werden. Es herrscht Uebereinstimmung, dass im Rahmen dieses Abkommens unter Schnittholz dasjenige Holz zu verstehen ist, welches unter Pos. 76 des deutschen Zolltarifs fällt, d. h. **Bau- und Nutzholz hart oder weich, in der Längsrichtung gesägt oder in anderer Weise vorgerichtet, nicht gehobelt.**

2. Polen verpflichtet sich vom Inkrafttreten dieses Abkommens bis einschl. 31. Dezember 1929 für Sägeklötze und für Rundholz (Pos. 228 Punkt 2a u. b sowie aus Punkt 4 des polnischen Zolltarifs) bei der Ausfuhr nach Deutschland die Ausfuhrzölle in folgender Höhe festzusetzen:

	Langholz und Klötze per 100 kg:
a) von **Nadelbäumen**	0,40 Zl.
b) von **Laubbäumen mit Ausnahme von Buchen-, Espen- und Erlenholz** . .	0.20 „
c) **Espenholz unbearbeitet**	1,50 „

Unter Rundholz ist das Holz zu verstehen, das in Pos. 228 des polnischen Ausfuhrzolltarifs (Punkt 2a u. b) sowie unbearbeitetes Espenholz (Punkt 4) aufgeführt ist, jedoch **mit Ausnahme des Erlenholzes,** und zwar in folgenden Abmessungen: Nadelholz mindestens 3 m Länge, 20 cm Stärke am Zopfende ohne Rinde gemessen, Laubholz 2 m Länge 20 cm Stärke am Zopfende ohne Rinde gemessen. Es herrscht weiter Uebereinstimmung darüber, dass 1 cbm weiches Schnittholz gleich 600 kg und 1 cbm hartes Schnittholz gleich 800 kg zu rechnen ist.

3. Der in den Punkten 1 u. 2 vorgesehene Holzverkehr erfolgt ohne Ausgabe besonderer Bewilligungen irgendwelcher Art und unterliegt hinsichtlich der Ausfuhr von Schnittholz lediglich der beiderseitigen Kontrolle hinsichtlich der tatsächlich über die Grenze beförderten Mengen. Beiderseits werden die Aufzeichnungen nach Ablauf von je drei Monaten verglichen. Abweichungen werden im beiderseitigen Einvernehmen aufzuklären und zu beseitigen sein.

4. Anlässlich der Vergleichung der Ausfuhrmengen nach Ziff. 3 wird von deutscher Seite angegeben werden, welche polnischen Schnittholzmengen auf Holztransitlager in Deutschland genommen worden sind. Insofern diese Holzmengen auf reine Holztransitlager genommen worden sind, werden sie auf das in Ziff. 1 vorgesehene Schnittholzkontingent nicht angerechnet, insofern sie hingegen auf gemischte Holztransitlager oder auf Privatzollager gebracht worden sind, auf das Kontingent nur zur Hälfte angerechnet.

5. Das unter Punkt 1 und 2 fallende Holz wird in beiden Ländern in jeder Beziehung meistbegünstigt behandelt. Dies gilt jedoch nicht für die Anwendung von Vertragszöllen.

6. In polnischen Verladestationen zur Beförderung nach Deutschland aufgegebenes Holz, welches zu den in Ziff. 1 und 2 aufgeführten Holzarten gehört, gilt als Holz polnischen Ursprungs. Falls jedoch durch Vorlage von Ursprungszeugnissen anderer Länder die nichtpolnische Herkunft nachgewiesen wird, findet eine Anrechnung auf das in Ziff. 1 vorgesehene Schnittholzkontingent nicht statt.

7. Holz, welches durch Deuschland oder durch Polen durchgeführt wird, ist auf das in Ziff. 1 vorgesehene Kontingent nicht anzurechnen.

8. Dieses Abkommen präjudiziert in keiner Weise die künftigen, den Holzverkehr zwischen beiden Ländern betreffenden Bestimmungen des abzuschliessenden Handelsvertrages.

9. Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und tritt hinsichtlich der unter 1 und 2 enthaltenen Bindungen der Zollsätze mit der gegenseitigen Uebermittelung der Ratifikationsurkunden die in Berlin erfolgen soll, im übrigen 5 Tage nach der Unterzeichnung, also am 24. Januar 1929 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 1929. Wird dieses Abkommen bis spätestens am 1. Oktober 1929 von keiner der beiden Regierungen gekündigt, so behält es seine Gültigkeit noch für die Dauer eines Jahres, d. h. bis zum 31. Dezember 1930, mit einem Einfuhrkontingent für polnisches Schnittholz in derselben Höhe (Punkt 1).

10. Dieses Abkommen wurde in zwei gleichlautenden Exemplaren, in deutscher und polnischer Sprache, ausgefertigt. Beide Texte haben gleiche Kraft.

Warszawa, den 19. Januar 1929.

(gez.) Rauscher. (gez.) August Zaleski.

Professor Taylor über die Gründe für die Passivität der Handelsbilanz

Vor geladenen Vertretern der schlesischen Wirtschaftskreise behandelte Professor Taylor von der Universität Poznań in längeren Ausführungen das Thema: „Die Gründe für die Passivität der polnischen Handelsbilanz".

Er ging von der Tatsache aus, dass das Moment der Passivität einer Handelsbilanz zunächst einmal nichts darüber aussagt, ob diese Erscheinung für das davon betroffene Land in günstigem oder ungünstigem Sinne sich auswirkt. Besonders vor dem Kriege konnte man ganz deutlich die Beobachtung machen, dass Länder, die über einen bedeutenden Reichtum verfügten, in der Mehrzahl der Fälle eine passive Handelsbilanz aufzuweisen hatten. Dies gilt vor allen Dingen für England. Daraus ergibt sich, dass des näheren in jedem besonderen Falle die Frage zu prüfen ist, weshalb die Handelsbilanz passiv ist. Um auch hier wieder das Beispiel von England heranzuziehen, so konnte dieses Land sich den Luxus einer passiven Handelsbilanz leisten, ohne dass dadurch sich irgend welche Schädigungen für England selber ergaben, da nämlich ungeheuere Kapitalien englischer Provenienz im Auslande investiert waren und die für diese gezahlten Zinsen in Form von Waren in das Land zurückströmten. Es ist also hierbei zu betonen, dass die Passivität der Handelsbilanz und damit also der Passivsaldo nicht etwa aus der Vermögenssubstanz des englischen Volkes, sondern aus dem infolge Investierung von eigenem Kapital in fremden Unternehmungen oder fremden Ländern sich ergebenden Gewinn bezahlt wurde. Dies trifft jedoch in keinem Falle auf den polnischen Staat zu, der nicht nur kein eigenes Kapital im Auslande unterbringen kann, sondern sogar in hohem Masse sich bemühen muss, ausländisches Kapital für sein Land zu interessieren.

Hierbei liegt noch ein besonderes Gefahrenmoment, dass sich nämlich die Einfuhr überwiegend auf Konsumtionsartikel und weniger auf Produktionsartikel erstreckt, d. h. also überwiegende Einfuhr von Fertigfabrikaten, geringe Einfuhr von Produktionsmitteln, wie z. B. Maschinen. Taylor will allerdings festgestellt haben, dass bei der polnischen Einfuhr der Import von Produktionsmitteln in hohem Masse überwiegt.

Um nunmehr zum eigentlichen Thema zu kommen, müssen wir feststellen, dass die Ausfuhr, abgesehen von ganz geringen Schwankungen, mehr oder weniger stabil ist. Dagegen ergeben sich derartig ungeheuere Missverhältnisse nur infolge der Abweichungen bei der Einfuhr.

Welches sind nun die Gründe für die dauernde Passivität unserer Handelsbilanz?

Wir müssen dabei zwei Arten unterscheiden. Einmal solche psychischer und zum zweiten solche ökonomischer, d. h. wirtschaftspolitischer Natur. Zu den ersten gehört u. a. beispielweise die besondere Vorliebe für ausländische Waren, ein Faktor, der ernstlich wohl kaum bei unseren Untersuchungen in Erwägung zu ziehen ist. Dagegen liegt das Schwergewicht bei der zweiten Art von Gründen und hierher gehört, allerdings nach Meinung von Professor Taylor, in erster Linie die Preisgestaltung. Wie er ausführt, forcieren zu hohe Inlandspreise die Einfuhr billigerer Auslandswaren. Nun ist allerdings hierbei festzustellen, dass unser Preisindex in den Jahren 1927 und 1928 sich wenig verändert hat. Man kann sogar ohne Ueberhebung und mit einer gewissen Genugtuung feststellen, dass in Polen seit Februar 1927 die Indexziffern hinsichtlich der Preisgestaltung im Vergleich zu denjenigen anderer Länder stabil geblieben sind, ja, dass der polnische Preisindex sogar um 1—2 Proz. niedriger, als der Weltindex, vor allem, und das ist eine bekannte Tatsache, als der amerikanische ist. Seit Juli 1928 können wir nach vorhergehendem geringen Steigen wieder einen Rückgang beobachten. Zwar ist der Index für landwirtschaftliche Produkte nach den Feststellungen von Professor Taylor um 4 Proz. zurückgegangen, dafür ist jedoch gleichzei-

Endlich billige Auslandspässe?

Am 23. I. nahm die Finanzkommission in der Sejmsitzung einen Antrag betreffend billige Auslandspässe an.

Gemäss diesem Antrag sollen die Reisepässe für 2 Jahre ohne Rücksicht auf die Zahl der Ausreisen gelten. Die Normalgebühr soll 10 Schw. Franc, d. s. 17,— zl., betragen. Reisepässe für Personen, die sich ins Ausland begeben, um dort eine Beschäftigung aufzunehmen, sowie für Personen, die ein Armutszeugnis vorlegen, sollen gebührenfrei ausgestellt werden.

Hoffentlich wird die Lösung dieser überaus heiklen Angelegenheit nicht durch taktische Fehler bei Behandlung in der Oeffentlichkeit gefährdet.

tig eine Erhöhung des Index für Industrieerzeugnisse um 4 Proz. eingetreten, sodass also ein Ausgleich auf diese Weise wieder herbeigeführt worden ist.

Als schwerwiegendes Moment für die Gestaltung unserer Handelsbilanz kommt hinzu, dass gerade bei den für den Import entscheidenden Warengruppen ein Steigen des Index zu beobachten ist, sodass also die Einfuhr dieser Gegenstände sich erhöht.

Neben dem Preisindex spielen eine grosse Rolle die Kaufbedingungen. Längere Kreditgewährung seitens des Auslandes entfremdet dem Inlande die Kunden und trägt zur Steigerung der Einfuhr bei.

Wenn man des näheren die Frage untersuchen wollte, warum unser Preisniveau höher, als im Auslande ist, so muss man dabei nach Meinung von Professor Taylor 2 Faktoren besonders in Betracht ziehen, und zwar ist dies zunächst einmal die vorhandene Geldmenge und zweitens die Qualität der Waren. Die für Polen erträgliche Menge an Umlaufsgeld ist bereits nach Ansicht von Professor Taylor überschritten. Wir haben es daher mit einer Geldinflation zu tun, die bekanntermassen als unmittelbare Folge eine Erhöhung der Preise nach sich ziehen muss, da einer bestimmten Warenmenge als Aequivalent eine im Vergleich zu grosse Geldmenge gegenübersteht.

Des weiteren hat aber auch auf die Handelsbilanz die Sanierungsanleihe in ungünstigem Sinne sich ausgewirkt.

Nunmehr kommt Professor Taylor auf die Finanzpolitik Polens zu sprechen und bemängelt zunächst einmal das Kontingentierungssystem der Bank Polski. Gerade die Bank Polski als das Zentralnoteninstitut ist in hohem Masse dazu befähigt, auf die Preisgestaltung einen Einfluss auszuüben und zwar nicht zuletzt mit Hilfe ihrer Diskontpolitik. Wie die Tatsachen aber augenblicklich liegen, hat sich die Bank Fesseln angelegt und dadurch auf dem Kreditmarkt grosse Störungen hervorgerufen. Ohne Rücksicht auf die Rentabilität eines Unternehmens werden nämlich Kredite erteilt, was zur Folge hat, dass durchaus schwache Wechsel bei der Bank Polski untergebracht werden können, während infolge Erschöpfung des Kontingents Wechsel bester Firmen nicht mehr diskontiert werden. Die Folge davon wiederum ist, dass diese sich zwecks Befriedigung ihres Kreditbedarfs an den Privatmarkt wenden müssen, der einen höheren Zinsfuss verlangt. So wird auch hier durch das Kontingentierungssystem der Bank Polski und damit zusammenhängende Kreditverteuerung eine Erhöhung der Produktionskosten und schliesslich eine Preissteigerung unnötigerweise hervorgerufen.

Nunmehr kommt Professor Taylor auf die ungeheuere steuerliche Belastung der Bevölkerung Polens zu sprechen. Während vor dem Kriege die Steuerbelastung pro Kopf der Bevölkerung nur 27 Frankzloty betragen hat, können wir im Jahre 1924 die Ziffer von 40 Frankzl., im Jahre 1926 die etwas geringere Ziffer von 30—32 Frankzl. und im Jahre 1928 die enorme Ziffer von 48 Frankzl. feststellen. Zwar ist das Verhältnis der steuerlichen Belastung zum Volkseinkommen in Höhe von 18 Proz. um vieles geringer, als in anderen Ländern, wo man beispielsweise bis zu 30 Proz. bereits vorgedrugen ist, doch ist hierbei eins zu berücksichtigen, dass nämlich die Verteilung der steuerlichen Lasten in unverhältnismässig hoher Weise auf den Produktionszweigen lastet und nicht gleichmässig auf sämtliche Kreise der Bevölkerung verteilt ist. Hierin eine grundlegende Aenderung zu schaffen, muss oberster Grundsatz jeder Volksvertretung sein.

*

Wenn wir uns auch im allgemeinen mit den Ausführungen von Professor Taylor einverstanden erklären können, so müssen wir doch im einzelnen zunächst einmal ein näheres Eingehen auf die Tätigkeit der Staatsbanken vermissen. Es wäre doch sehr interessant gewesen, auch einmal die Politik der Bank Gospodarstwa Krajowego einer eingehenden Kritik zu unterziehen und auch die übrigen Bankinstitute hätten hierbei erwähnt werden müssen.

Selbstverständlich wirkt die augenblickliche Finanzpolitik Polens in hohem Masse preisverteuernd. Doch ist hierbei gleichzeitig zu berücksichtigen, dass nicht zuletzt auch das auf merkantilistischer Grundlage aufgebaute Schutzzollsystem in ungünstigem Sinne die Preisgestaltung beeinflusst. Die polnische Produktion ist zu 66⅔ Proz. auf die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte eingestellt, weshalb das Hauptaugenmerk der polnischen Wirtschaftspolitik zunächst auf die Landwirtschaft gerichtet sein muss. Wenn wir eine industrielle Produktion nicht ganz entbehren können, so muss doch hierbei immer der Gedanke leitend sein, dass wir mit Hilfe der Zollpolitik die uns fehlenden Industriezweige nur ins Leben rufen dürfen, doch müsste diese sich nach einer bestimmten Zeit als lebensfähig erweisen und dürften nicht auf die Dauer durch übermässig hohe Zollsätze gegenüber der ausländischen Konkurrenz geschützt werden. Eine Industrie, die nur auf Grund des bestehenden Schutzzollsystems rentabel produzieren kann, wird in jedem Falle preisverteuernd wirken. Bekanntermassen stellt sich nämlich dann die Preiskalkulation auf die Produktionskosten plus Zoll ein, während billigere Auslandsprodukte gehandelt werden könnten.

Wenn Professor Taylor von einer Geldinflation spricht, so möchten wir dem entgegenhalten, dass weniger die übermässige Geldmenge preisverteuernd wirkt, als vor allem die Uebersättigung des Geldmarktes mit Wechseln, sodass also letzten Endes nicht von einer Geldinflation, sondern vielmehr von einer Wechselinflation gesprochen werden kann. Hierbei bessernd auf die Gestaltung der augenblicklichen Wirtschaftsverhältnisse einzuwirken, ist und bleibt Aufgabe des Zentralnoteninstitutes. Doch muss mit dieser Diskontpolitik eine gesunde und zweckmässige Finanzpolitik des Staates Hand in Hand gehen, da der Bestand eines Staates abhängig ist vom Wohlergehen der ihm angehörigen Bürger.

Dr. A. Gawlik.

Geldwesen und Börse

Warschauer Börsennotierungen.

Devisen New York 8,90. Bei den europäischen Devisen keine grösseren Kursveränderungen. Die Banken untereinander zahlten: für Devisen Berlin 211,96, für Devisen Danzig 172,90—172,89. Am Privatmarkte wurde für den Dollar gezahlt 8,88¾, für den Goldrubel 4,62½, für sowjetrussischen Czerwoniec 2 Dollar.

Am Aktienmarkt uneinheitliche Tendenz. Bank Polski ermässigte sich von 192,50 auf 192 25. Von Staatspapieren gingen zurück: die 5-proz. Dollarprämienanleihe von 102,50 auf 102,25. Pfandbriefe notierten sehr schwach. Es gingen zurück: die 5-proz. Bodenpfandbriefe der Stadt Warszawa von 52,75 auf 53,10 und die 8-proz. Bodenpfandbriefe der Stadt Warszawa von 69,75 auf 69,25, Starachowice 38,25, Modrzejów 32, Lilpopy 37,50, Rudzki 44.

1. Devisen:

Belgien 123.90 — 124.21 — 123,39, London 43,24¼ — 43.35½ — 43,14, New York 8 90 — 8,92 — 8,88, Prag 26 38½ — 26.45 — 26 32, Paris 34,86 — 34.95 — 34.77, Schweiz 171,50 — 171,93 — 171,07, Wien 125,22 — 125,53 — 124,91.

2. Wertpapiere:

6-proz. Dollaranleihe 1920 85, 10-proz. Eisenbahnanleihe 102.50, 5-proz. Konversionsanleihe 67, 4½-proz. Bodenpfandbriefe 49, 5-proz. Pfandbriefe Warszawa 53,35 — 53,10, 8-proz. Pfandbriefe Warszawa 69,25, 8-proz. Pfandbriefe Łódź 65.

3. Aktien:

Bank Polski 192.50 — 192.50, Bank Zw. Sp. Zarobk. 85, Warszawski Cukier 44, Ostrowiecki 93, Rudzki 44, Starachowice 38,25, Haberbusch 230, Nobel 24, Firley 55.

Zahlung von Auslandsverpflichtungen.

Das Finanzministerium zahlte im Laufe des Monats Dezember d. v. Js. folgende Anleiheraten nebst Zinsen: 8-proz. Dollaranleihe aus dem Jahre 1925 (Dillonanleihe aus dem Jahre 1927) — Dollar 436.048. Die Schulden gegenüber den einzelnen Auslandsregierungen sind in folgender Weise gezahlt worden: Dänemark — 15.614 Kronen, Frankreich — 7.586.967 Fr. Franc., Holland — 18.882 Holl. Floren, Norwegen — 737.870 Norw. Kronen, Vereinigte Staaten von Nordamerika — 1.250.000 Dollar, Schweiz — 3.268 Schw. Franc, Schweden — 163.791 Schw. Kronen, England — 184.398 Pfund Sterling, Italien — 3.503.471 Lire sowie 60.000 Dollar.

Die polnische Regierung zahlte ausserdem die gegenüber privaten Institutionen begründeten Schuldenraten sowie Zinsen ab.

5 Millionen Dollar-Kredit für jüdische Kleinhändler und Handwerker.

New York. Unter dem Vorsitz ihres Präs. Benjamin Winter hielt die Föderation der polnischen Juden in Amerika eine Konferenz ab und fasste nach einem Bericht des Generalsekretärs Tygel den Beschluss, einen Kreditfonds von 5 Millionen Dollar zu schaffen, aus welchem Darlehen zu günstigen Bedingungen jüdischen Handwerkern und Kleinhändlern in Polen, die gegenwärtig unter Kreditmangel und Kreditteuerung zusammenzubrechen drohen, gewährt werden sollen. Hierbei ist mit dem Joint Distribution Commitee zusammenzuarbeiten.

Die Verschuldung europäischer Staaten gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Entsprechend den letzthin veröffentlichten Angaben durch die International Acceptance Bank stellte sich der Stand der Schulden der einzelnen europäischen Staaten gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika am 30. November v. Js. in Mill. Dollar wie folgt dar: Deutschland 1153, Frankreich 401, Italien 247, Belgien 237, Norwegen 194, England 173, Polen 122, Oesterreich 110, Finnland 76, Dänemark 68, Ungarn 64, Jugoslavien 57, Schweden 55, Schweiz 49, Holland 46, Czechoslovakei 32, Griechenland 31, Luxemburg 10, Bulgarien 4½ Estland 4. Die Gesamtsumme beträgt demnach 3.150 Millionen Dollar.

Einfuhr/Ausfuhr/Verkehr

855.000.000 Zloty Defizit. Der Passivsaldo der Handelsbilanz im Dezember beträgt 29.000.000 Zloty.

Entsprechend den vorläufigen Berechnungen des statistischen Hauptamtes stellt sich die Handelsbilanz im Monat Dezember 1928 wie folgt dar:

Eingeführt wurden 379.000 Tonnen im Werte von 238.000.000 Zloty, ausgeführt wurden 1.555.300 Tonnen im Werte von 209.100.000 Zloty.

Im Vergleich zum Vormonat ist die Ausfuhr um 45.900.000 Zl. zurückgegangen. Zurückgegangen ist ferner die Einfuhr um 22.700.000 Zloty.

Das Passivsaldo der Handelsbilanz beträgt demnach 29.200.000 Zloty.

Im Laufe des Jahres 1928 wurden insgesamt 20.400.000 Tonnen (1927 — 20.300.000) im Gesamtwerte von 2.5 Milliarden Zl. ausgeführt. Eingeführt wurden dagegen 5,1 Millionen Tonnen (1927 — 4,9 Millionen) im Werte von 3,3 Milliarden Zl. Es ist zu bemerken, dass im Jahre 1928 die Handelsbilanz seit Juli 1928 sich stufenmässig bessert, was aus den einzelnen Monatssalden zu entnehmen ist.

(In Millionen Zloty):

Januar 52,8; Februar 72,6; März 163,9; April 81,1; Mai 94,7; Juni 97.7; Juli 86.7; August 62.5; September 68.4; Oktober 38.9; November 5.9; Dezember 29 2.

Das Defizit betrug also im Jahre 1923 insgesamt 855 Millionen Zloty.

Im Jahre 1927 schloss der Aussenhandel Polens mit einem Defizit von 42 Millionen Zloty ab.

Neues Textil-Engrosverkaufslager in Łódź.

In nächster Zeit wird in Łódź ein neues Textil-Engrosverkaufslager eröffnet. Diese Firma organisieren die bekannten, rumänischen Kaufleute Bernstein & Zonis, die als die grössten Abnehmer Lodzer Manufakturwaren am rumänischen Markt gelten. Das Engroslager wird als Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von einer halben Million Zloty gegründet und wird sich mit dem Verkauf von Baumwollwaren der grösseren Unternehmen befassen. Die Leitung der Firma übernehmen die Herren Barat von der Firma Eitingon und Cukierman von der Firma British Comp.

Es ist zu unterstreichen, dass die Firma Bernstein & Zonis weiterhin Einkäufe für ihr rumänisches Engroslager tätigen wird.

Polnischer Export nach Russland.

Die „Polros" erhielt von sowjetrussischen Wirtschaftsinstitutionen eine Bestellung für polnische Waren im Were von 600.000 Dollar. Diese Bestellung erstreckt sich auf Eisenstäbe und Wollgarne.

In der nächsten Zeit sollen die sowjetrussischen Behörden eine Lizenz für den Einkauf bedeutender Warenpartien aus der Textilbranche erteilen. Die Aufträge laufen in Polen auf Grund des festgesetzten Wirtschaftsplanes Sowjetrusslands für das Jahr 1929 ein und stehen in keinem Zusammenhange mit den Einkäufen der sowjetrussischen Mission in Polen.

Einfuhrverbot für Vieh aus Polen nach der Czechoslovakei.

Der czechoslovakische Landwirtschaftsminister erliess eine Verordnung über die Einschränkung des Imports von Vieh, Schafen, Ziegen und Schweinen aus 46 polnischen Kreisen.

Import von Stallvieh nach der Czechoslovakei.

Im Jahre 1928 wurden nach der Czechoslovakei etwa 850.000 Stück Schweine eingeführt, gegenüber 670.794 im Jahre 1927. Entsprechend den offiziellen statistischen Angaben wurden aus Polen nach der Czechoslovakei 644.405 Stück, aus Rumänien über 48.000 Stück, aus Ungarn und Jugoslavien über 150.000 Stück eingeführt. Wie aus den vorstehenden Angaben hervorgeht, wurden im vergangenen Jahre die meisten Schweine nach der Czechoslovakei aus Polen eingeführt.

Wachsendes Interesse für polnischen Zement.

Obwohl die Bausaison erst im März beginnt, besteht schon heute ein grosses Interesse für polnischen Zement. Die polnischen Zementfabriken erhalten seit einiger Zeit grössere Auslandsaufträge, wobei ein grosser Teil dieser Aufträge aus Indien und Südamerika, wo man sich für polnischen Zement immer mehr zu interessieren beginnt, Brasilien, Argentien, Kolumbien und Chile stammt. Im Zusammenhange damit, sowie mit Rücksicht darauf, dass man in diesem Jahre mit einer gesteigerten Bautätigkeit im Inlande rechnet, ist anzunehmen, dass die polnischen Zementfabriken ihre Produkion erhöhen werden.

Das Verkehrsministerium bestellt Kohlenwaggons.

Während der Zuckerrüben- und Kartoffelsaison im Herbst vergangenen Jahres, sowie im Zusammenhange mit dem verstärkten Kohlenexport stellte sich ein Mangel an Kohlenwaggons ein. Um diesem Uebel in diesem Jahre vorzubeugen, beabsichtigt das Verkehrsministerium 2.000 neue Waggons, darunter 1.300 Kohlenwaggons zu bestellen.

Neue Handelsvertragsverhandlungen.

In nächster Zeit soll Polen in Verhandlungen betr. die Schliessung neuer bezw. Motifikation der bereits bestehenden Handelsverträge mit Griechenland, Spanien, Rumänien und Jugoslavien treten.

Die Arbeiten im Hafen Gdynia.

Die Hafenarbeiten im Hafen Gdynia sollen im Jahre 1930 zu Ende geführt werden. Die Baukosten erhöhten sich von 160.000 Franken im Jahre 1924 auf 11.840.000 Goldfranken im Jahre 1927/28. Die Gesamtkosten sollen 50 Millionen Goldfranken betragen.

Polnisch-deutsches Luftproblem.

Die deutschen Luftkreise bereiten sich zu Verhandlungen mit Polen in der Angelegenheit des Abschlusses eines Luftflottenabkommens zwischen den beiden Staaten vor. Diese Frage ist bis dahin nicht geregelt worden. Deutschland will eine Verbindung zwischen Breslau und Kraków und von hier aus über Lwów und Kijow mit Odessa erreichen. Ausserdem handelt es sich um die Luftlinie Breslau — Warszawa — Moskau. Schliesslich soll eine Linie von Danzig nach Venedig geschaffen werden. Die polnischen Kreise sind auf diese Verhandlungen noch nicht vorbereitet.

Inld. Märkte u. Industrien

Neue Kunstseidenfabrik in Polen.

Ende Januar d. Js.. soll nach Warszawa eine Vertretung des englischen Kunstseidenkonzerns Courtaulds Ltd. sich begeben, um mit der polnischen Regierung bezgl. der Errichtung einer neuen Kunstseidenfabrik in Verhandlungen zu treten. Dieses Konzern, der wie bekannt, einer der grössten Weltkonzerne aus der Kunstseidenfabrikation ist, beabsichtigt schon seit längerer Zeit in Polen eine Fabrik zu erbauen, weil der Bedarf an Kunstseide in Polen dauernd im Steigen begriffen ist.

Nachtarbeit in der Textilindustrie.

Das Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge ordnete an, dass die Genehmigungen zur Nachtarbeit für die Lodzer Baumwollspinnereien vom Januar d. Js. an nicht mehr erteilt werden. Ausnahmen werden nur in Dringlichkeitsfällen möglich sein, und zwar bei Spinnereien, die ägyptische Garne verarbeiten.

Ausserdem werden Genehmigungen zur Nachtarbeit ausnahmsweise einigen Fabriken in kleinen Ortschaften

erteilt werden können. Die Nachtarbeit soll auch in den anderen Zweigen der Textilindustrie stufenweise aufgehoben werden.

Die erste Wollwäscherei in Polen.

Da Polen gegenwärtig keine einzige Anstalt besitzt, in der die inländische Wolle sorgfältig gereinigt werden könnte, soll in einer der Zentralwojewodschaften eine Wollwäscherei errichtet werden.

Zementsyndikat.

Das in Lwów tagende Zementsyndikat hat seine Verhandlungen beendet. Es wurde beschlossen, das Syndikat, das alle polnischen Portlandzementfabriken vereinigt, zu verlängern. Ferner wurde eine ganze Reihe von Beschlüssen betr. Organisation des Syndikats gefasst.

Neues Wollkartell in Łódź.

Aus dem Textilverband ist ein Wollkartell hervorgegangen, das durch eine Reihe von Firmen bereits unterzeichnet wurde. Ausserdem soll in den nächsten Tagen ein Konventionsvertrag durch eine Reihe von Wollfirmen unterzeichnet werden.

Steuern / Zölle / Verkehrs-Tarife

Steuerkommission der Handelskammer in Katowice.

Bei der Handelskammer in Katowice ist eine Kommission für Steuerangelegenheiten errichtet worden, die folgende Aufgaben zu erfüllen hat: Unterrichtung der Kammer über neue Steuergesetzentwürfe und laufende Angelegenheiten aus dem Steuergebiet, praktische Anwendung der geltenden Gesetze und Verordnungen sowie die Stellung von Kandidaten für die Schätzungskommission und Benennung von Sachverständigen in Steuerangelegenheiten. In diese Kommission sollen die Wirtschaftskreise ihre Mitglieder delegieren.

Polnisch - Ungarischer Eisenbahnverband.

Sch. Im Polnisch-Ungarischen Verbands-Güterverkehr ist zum Heft 1 der Nachtrag III und zum Heft 2 der Nachtrag I in Kraft getreten. Diese Nachträge enthalten Aenderungen, Ergänzungen und Berechtigungen. Sie können zum Preise von je 3.— Złoty von den Stationskassen der Staatsbahndirektionen Katowice, Kraków und Warszawa bezogen werden.

Weltwirtschaft

Geldmarkt, Wirtschaft und Börse.

Berlin, Mitte Januer 1929.

Am deutschen Geldmarkt ist als ersichtlichstes Ereignis die Ermässigung des Reichsbankdiskontes um ½ Proz. auf 6½ Proz. zu bezeichnen. Die Entlastung, welche der Reichsbankausweis vom 7. Januar nachwies, ist ausserordentlich: Wechselabnahme um 526 Millionen und 446 Millionen geringerer Notenumlauf. Tagesgeld ist schon vor einigen Tagen bis auf 4 Proz. herabgegangen, Privatdiskonten wurden von 6¾ allmählig auf 6 Proz., am Tage der Diskontermässigung, am 12 cr., auf 5⅞ und schliesslich am 14. Januar auf 5¾ herabgesetzt. Tagesgeld war in diesen Tagen fast unanbringlich, der Satz ging bis auf 2½ Proz. herunter. Bankgirierte Wechsel gingen entsprechend auf 6¼ Proz. herunter. Lombardgelder gingen auf 7¼ bis 7⅜ zurück, auch Leihdevisen waren reichlich und billiger angeboten, die Einzahlungen auf die Einkommensteuer — 350—400 Millionen — wurden reichlich durch die fälligen Conpons, Hypothekenzinsen u. s. w. ausgeglichen. Man darf natürlich der Diskontermässigung keine zu grosse Bedeutung beimessen. Eine Konjunkturbelebung herbeizuführen oder auch nur zu beschleunigen, ist sie natürlich nicht imstande; eine unmittelbare Folge dieser Verringerung der Marge zwischen den deutschen und ausländischen Zinssätzen ist aber eine stärkere Inanspruchnahme von Reichsbankkrediten anstelle der Auslandskredite. Die Gesamtsumme der zu vergebenden Kredite erhöht sich natürlich nicht, oder mit andern Worten, an der bisherigen Enge und Knappheit am Kapitalmarkt ändert sich nichts. Typischerweise zeigte auch der Markt der festverzinslichen Werte keine Steigerungen, wenn man auch hier und da von einer Belebung des Pfandbriefverkaufs, der in den letzten Monaten immer mehr zurückgegangen war, berichtet. Doch wird auch in Zukunft ein geringeres als 8% Rentenpapier keine Aussicht auf Absatz haben. Aus diesen Gründen hat auch der preussische Staat, der einen Geldbedarf von ca 700—800 Million hat, von der Auflegung einer Anleihe Abstand genommen und sich nach einer Konferenz, in der der Staat durch den preussischen Finanzminister, die Reichsbank durch ihren Präsidenten Schacht vertreten war, beschlossen, vorläufig ungefähr 100 Millionen 7-proz. Schatzanweisungen herauszugeben, mit 2—4-jähriger Laufzeit bei einem Emmissionskurs von ca 96 Proz., was einer Verzinsung von ca 8½ Proz. entspricht. Bei günstigem Absatz werden dann natürlich weitere Schatzanweisungen emittiert werden, während der Staat, bei Auflegung einer Anleihe schätzungsweise 9¼ Proz. hätte bewilligen müssen. So hat die Stadt Kassel bei einer 8-proz. Anleihe von 6 Millionen dem Bankenkonsortium einen Auszahlungskurs von 89¾ Proz. (!) bewilligen müssen. Der Emissionskurs, der bis 1934 unkündbaren Anleihe wurde auf 93 Proz. festgesetzt. Der Freistaat Meklenburg-Schwerin gibt 15 Millionen 8-proz. Goldanleihe zu 94½ heraus, welche zehn Jahre lang unkündbar ist; in diesen zehn Jahren wird aber ein Viertel der Anleihe durch Auslosung getilgt, zu Kursen beginnend von 110 Proz. bis 102 Proz. im 11—15-ten Jahre. Bei den Sparkassen ist ein weiteres kräftiges Steigen der Spareinlagen zu verzeichnen. Die deutschen Sparkassen, mit den Versicherungsgesellschaften die grössten Geldgeber am inländischen Geldmarkt, haben von 1924 bis 1928 3 Milliarden Mark, d. i. 40 Proz. der gesamten Einlagen als Hypothekarkredite gegeben und werden auch jetzt einen Posten Schatzanweisungen vom preussischen Staate übernehmen. — Die Entwicklung der ausländischen Geldmärkte war recht uneinheitlich. In New-York trat am Jahresanfang keine Erleichterung ein und eine neuerliche Geldverknappung lässt eine Diskonterhöhung befürchten. In London ist die Geldlage normal, obwohl erst jetzt die im November und Dezember aufgelegten Anleihen voll eingezahlt werden, auch die Goldverkäufe sind zurückgegangen, sodass hier die Frage einer Diskonterhöhung nicht mehr aktuell ist; allerdings besteht für langfristige deutsche Anleihen in Hinblick auf die letzten Misserfolge und die bevorstehenden Reparationsverhandlungen kein Interesse. Das Deckungsverhältnis der Noten besserte sich sprunghaft von 24¼ auf 39 Proz. Auch die Bank von Frankreich meldet eine ausserordentlich hohe Golddeckung der Noten, von 39¾ Proz. Dagegen wurde der Bankdiskont in Italien, der erst im Juni 1928 auf 5½ Proz. herabgesetzt worden war, wieder auf 6 Proz. erhöht.

In der Wirtschaft zeigt sich keine Belebung, wenn auch das Weihnachtsgeschäft in einigen Branchen gut war. Die Arbeitslosenziffer steigt weiter, besonders im Maschinenbau, in der Metallindustrie und im Baugewerbe; insbesonders hat sich die Lage bei den Fahrradfabriken, der Bekleidungs-, Holz-, Leder u. Nahrungsmittelindustrie verschlechtert. Die Zahl der Konkurse u. d. Vergleichsverfahren ist etwas zurückgegangen. Das Institut für Konjunkturforschung stellt fest, dass bei den Produktionsmittelindustrien, die sich bisher dem Abschwung nur zögernd angeschlossen haben, der Konjunkturrückgang schärfer eingesetzt hat, während er bei den Verbrauchsgüterindustrien zum Stillstand gekommen ist. Der Umsatz der Konsumenten sei bei höheren Preisen mengenmässig zurückgegangen, die „Notexporte“ haben die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen im Rahmen eines fortschreitenden Ausbaues des Auslandsgeschäftes erhöht, ohne allerdings den Absatzrückgang auf dem Binnenmarkt ausgleichen zu können. Die Intensität und der Umfang des Abschwunges ist bedeutend geringer als im Jahre 1925/26, was besonders an der bedeutend geringeren Tagesdurchschnittshöhe der zu Protest gehenden Wechsel und den geringeren Konkurszahlen zu erkennen ist. Als wichtiges Merkmal der Depression fehle allerdings eine wesentliche Entspannung am Geldmarkt. Der Jahresbericht der Reichscreditgesellschaft führt aus, dass sich die deutsche Wirtschaft trotz absoluter Besserung relativ im Rückstande befinde, da ihre Produktion im Vergleich zu 1913 sich nur auf 109,6 Proz. gehoben habe; die entsprechenden Zahlen sind für Amerika 155, Belgien 133, Frankreich 127. Den gewaltig gestiegenen Lasten Deutschlands gegenüber ist die Produktionssteigerung also viel zu gering. Gegenüber der Vorkriegszeit hat sich die Bilanz der internationalen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands durch die Reparation und die Beschlagnahme der deutschen Auslandsanleihen um jährlich etwa 4½ Milliarden verschlechtert. Um für dieses jährliche minus einen Ausgleich zu schaffen, müsste die deutsche Produktion um 40 Milliarden, d. h. auf 170 Proz. des Vorkriegsstandes steigen. Ferner steht auch die jährliche Kapitalbildung absolut und je Kopf der Bevölkerung beträchtlich unter Vorkriegshöhe und reicht nicht aus, den laufenden Kapitalbedarf zu befriedigen und die Reparationen in der jetzigen Höhe zu zahlen, während die Kapitalneubildung z. B. in England die Vorkriegshöhe bereits überschritten habe. Auch die industrielle Produktion Deutschlands sei bei sinkenden Preisen abwärts gerichtet. — Im neuen Haushaltungsetat werden die Länderanteile an den Uberschüssen um 100 Millionen gekürzt und 500 Millionen soll die Erhöhung der Vermögens-, der Erbschaftssteuer und Biersteuer bringen, wenn man nicht wieder die Umsatzsteuer um ¼ auf 1 Proz. erhöhen und allgemeine Preissteigerungen vermeiden will. Es ist starker Widerstand der bürgerlichen Regierungsparteien, besonders der Volkspartei u. des Zentrums gegen eine Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer zu erwarten und gegen die Verteuerung seines geliebten Bieres wird Bayern unter Führung der Bayrischen Volkspartei — eben wie ein bayrischer Löwe — kämpfen. Der Handelsvertrag mit Polen ist immer noch nicht in grössere Nähe gerückt, doch kann die Tatsache, dass indessen ein Eisenkompromiss allerdings auch unter erheblichen Gebärungsschmerzen das Licht der Welt erblickt hat, als Stimmungsbesserung gewartet werden. Am 8. Januar hat beim Wirtschaftskomitee des Völkerbundes eine Untersuchung über die internationale Kohlenkrise begonnen, die Sachverständigen sind z. B. für Deutschland Dr. Silverberg, für England Bergwerkdirektor Kindley, für Schweden Prof. Roos af Hjelmstern, für Polen Bergwerkbesitzer Falter. Im Anschluss an den Arbeitskonflikt in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie ist eine amtliche Denkschrift des Arbeitsministers Wissel bemerkenswert, die im Gegensatz zu den vielen Kritiken der letzten Zeit zu dem Resultat kommt, dass eine Reform im Schlichtungswesen nicht notwendig ist.

Mit grösstem Interesse sehen nicht nur Deutschland, sondern auch Frankreich, England und Italien der kommenden Reparationskonferenz entgegen. Deutschland tut gut daran, sich auf einen harten Kampf gefasst zu machen, in dem Bewusstsein, bisher das Menschenmöglichste geleistet zu haben und unmöglich eine dauernde Zahlung von jährlich 2½ Milliarden ohne allmähliges Erwürgen seiner eignen verschuldeten Wirtschaft leisten zu können. Der mit grösster Spannung erwartete achte Bericht Parker Gilberts, der Deutschlands loyale u. pünktliche Zahlungsausführungen anerkennt, das Finangebaren des Reiches, dem er nochmals mangelnde Sparsamkeit vorwirft, wiederum angreift, wirkte sensationell, da er ausserordentlich optimistisch gehalten war und in der Feststellung gipfelte, dass Deutschlands Reichsbudget nach den bisherigen Erfahrungen durchaus in der Lage wäre, seinen Normalbeitrag an Reparationen planmässig zu bezahlen. Da Parker Gilberts Bericht für das Konjunkturjahr 1926 nicht eine annähernd so günstige Prognose stellte, wie nach dem Jahr starker Depression 1927 und noch dazu gerade vor der Reparationskonferenz, ist bei aller Anerkennung der bisherigen Objektivität des sehr begabten Reparationsagenten der Verdacht nur zu naheliegend, dass andre Kräfte stark beeinflussend gewirkt haben. Die Wirkung war natürlich: in Amerika: Zurückhaltung, in Italien: Befriedigung, in England: offene Freude, in Frankreich: Jubel und in Deutschland: Befremden und die Erkenntnis, dass dieser Bericht eine Schwächung der deutschen Position schon vor Beginn der Verhandlungen bedeute. Nun ist es ja ohnehin völlig unwahrscheinlich, dass es auf dieser zweiten Daweskonferenz zu einer völligen Einigung kommen wird. Wenn Deutschland sich zur Zahlung der grössmöglichen Leistung verpflichtet und den Schutz seiner Währung wieder selbst übernimmt, so wird es auch politisch seine Bedingungen stellen; man denke an die Rheinlandräumung, Kolonien, Anschlussfrage. Hingegen wird der Grossgläubiger Europas, Amerika, mit den ehemaligen Allierten nicht eher über ihre Kriegsschulden verhandeln, ehe sie sich mit Deutschland völlig geeinigt haben; dagegen hat sich Amerika an den politischen Fragen, die Deutschland lebenswichtig erscheinen, schon jetzt als völlig desinterressiert bezeichnet. Die deutschen Hauptdelegierten sind Dr. Schacht und Generaldirektor Dr. Vögler, die amerikanischen der Mitschöpfer des Dawesplanes Owen Young und der Banquier John Pierpont Morgan. Die überklugen Propheten, die in der Erinnerung Morgans die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Kommerzialisierung der deutschen Reparationsschuld in Amerika bestätigt glaubten und Gilberts Bericht als „Emissionsprospekt“ bezeichneten, wurden durch klare Dementis aus New York Lügen gestraft: Eine solche gewaltige internationale Reparationsanleihe ist aus finanztechnischen und politischen Gründen in absehbarer Zeit undenkbar, andere, optimistischere Stimmen halten höchstens eine 100 Millionen Dollar-Anleihe, wenn auch nicht in nächster Zeit, für möglich. Immerhin bedeutet die Ernennung Morgans in bezug auf die Kriegsschulden der Allierten ein Programm, da dieses Bankhaus seit Kriegsausbruch bis heute England, Frankreich, Italien und Belgien Anleihen im Werte von 700 Millionen Dollar gewährt hat, die noch nicht getilgt sind. Es wird sogar gemeldet, dass Gilbert, dessen Rolle als Reparationsagent nach Festsetzung der endgültigen Reparationssummen zu Ende ist, in das Bankhaus Morgan eintreten wird.

Ueberraschenderweise hat die Diskontermässigung und die plötzliche und kräftige Entspannung am Geldmarkt an den Effektenbörsen nicht belebend gewirkt, im Gegenteil löste die Unsicherheit über das Resultat der Daweskonferenz allgemeine strengste Zurückhaltung aus, sodass lustlose und schwache Börsen die Folge waren. Besonders flau lagen Glanzstoff-Aktien, da auf dem Kunstseidenmarkt ein scharfer Preiskampf bevorsteht. Dabei ist es der deutschen Viscose-Konvention unmöglich geworden, an einer Politik der Preisstabilisierung festzuhalten und sie will sich darauf beschränken, die Preisschwankungen in möglichst engen Grenzen zu halten. Auch die I. G. Farben, ein Kunstseiden-Grossproduzent, erklärte, dass sie keine Preisbindungen anerkennt, solange die ausländischen Preisunterbietungen fortbestehen, ja, sie haben sogar in der Konventionssitzung angekündigt, jeden Preis zu unterbieten, auch wenn er noch so billig sei! Die Aktien der Glanzstoff-A.-G., welche erst kürzlich eine Auslandskapitalerhöhung vorgenommen hat, wobei Glanzstoff-Aktien zum damaligen Börsenkurs eingebracht wurden, sind indessen von 580 auf 490 gesunken. Auch eine Kapitalserhöhung der I. P. Bemberg A.-G., bei der den Aktionären ein Bezugsrecht von 7:3 zu 175 Proz. angeboten werden soll, blieb ohne Eindruck (Kurs 430 nach 500). Wenn man berücksichtigt, dass z. B. der belgische Tubize-Konzern diesmal keine Dividende ausschütten will, muss man die Kurse der 1925-26 sehr getriebenen deutschen Kunstseideaktien immer noch für reichlich hoch ansehen, auch wenn die gleiche Dividende verteilt werden sollte. Von Kaliwerten lagen anfangs Salzdetfurt auf die bevorstehende Notierung des erheblichen Bezugsrechtes fest (ca. 150 Proz.), machten aber einer allgemeinen Abschwächung Platz, als in verschärftem Ausmass die Bestrebungen der Deutschnationalen auf Ermässigung des Kalipreises einsetzten, die jetzt auch vom preussischen Landwirtschaftsminister unterstützt werden. Natürlich wurde in der Generalversammlung des Salzdetfurt-Konzerns eine Herabsetzung der „billigen“ Kalipreise, die schon seit Jahren unverändert beständen, für untragbar erklärt, sei doch der „Durchschnittserlös“ gegenüber der Vorkriegszeit gesunken; dass aber der Absatz ungeheuer gestiegen ist, wird in diesem Zusammenhange nicht erwähnt, und auch die auffällige Kursentwicklung aller Kaliwerte entgegen der Allgemeintendenz im letzten Jahr bestätigt den ausserordentlichen Aufschwung in der Kaliindustrie. Weiter schlapp lagen I. G. Farben, die ja sowohl in Kali, als in Kunstseide interessiert sind, da sie durch Herstellung des Mischdüngers Nitrophosca, einer der grössten Kalibezieher geworden ist. Starkes Material kam insbesondere aus Amsterdam, einziger Käufer bleibt die Deutsche Bank und die Reichskredit-Ges. Ein günstiger Bericht der I. G., der einen guten Abschluss voraussagt, blieb ohne Einfluss, da man an der Börse schon deswegen eine 14-prozentige Dividende erwartet, um das Bonds- und Aktienmaterial stärker zu binden. Nach dem genannten Bericht, steigerte sich der Farbenabsatz, besonders nach dem fernen Osten, der Chemikalienverkauf und besonders die Produktion in Leichtmetall konnte gesteigert werden; fast dasselbe wird beinahe von allen Produktionsgebieten gesagt, wie Lacke, Pharmazeutica, Stickstoff und besonders photographische Artikel, sogar von der Kunstseide (aber zu welchen Preisen!). Immerhin benötigt auch die I. G., die vor über einem Jahr über grosse Bankguthaben verfügte, wieder neue Mittel, und da neue Aktien oder gar Bonds dieses Milliardenkonzerns nicht zu placieren sind, will man die Auslandsinteressen in eine amerikanische Holdinggesellschaft einbringen; im Anschluss daran soll der I. G.-Anteil an der amerikanischen Gesellschaft in die „Internationale Ges. für chem. Unternehmungen A.-Ges.“ in Basel eingebracht werden, wobei möglicherweise den Farbenaktionären ein Bezugsrecht auf den Basler Aktienanteil gewährt wird. Auf diese Weise kommen zwar die I. G. Farben zu Geld, doch den Aktionären wird jede Uebersicht über das schon sehr verzweigte Riesenunternehmen genommen, welche Tatsache gemeinsam mit der bekannten Scheu der Farben vor jeder selbstverständlichen Publizität das allgemeine Vertrauen sicher nicht erhöhen wird. Weiter schlapp liegen Schiffahrtsaktien, besonders Paket und Nordlloyd. Wenn man bedenkt, dass erst kürzlich 35 Millionen junger Lloyd-Aktien in New York zu 145 Proz. placiert wurden, der jetzige Kurs aber 131 Proz. ist, so müssen solche Tatsachen eine weitere Pla-

cierung deutscher Aktien im Auslande äusserst erschweren. Die Rivalität zwischen Paket und Lloyd hat jetzt dazu geführt, dass die Hapag, um den Vorsprung des Nordlloyd, der die beiden schnellen Riesenluxusdampfer „Europa“ und „Bremen“ neu in Dienst gestellt hat, einzuholen, sich entschlossen hat, acht 10 000-To.-Schiffe neu auf Stapel zu legen, die teils als Fracht-, teils als Passagierdampfer Verwendung finden und ihre Schiffe „Albert Ballin“; „Deutschland“, „Hamburg“ und „New York“ durch Einbau neuer Antriebsmaschinen auf eine Ozeangeschwindigkeit zu bringen, welche diesen Schiffen ermöglicht, New York von den Kanalhäfen in sieben Tagen zu erreichen, eine Geschwindigkeit, welche der Lloyddampfer „Columbus“ besitzt, aber die nicht an die der neuen Lloyddampfer und der Schnelldampfer der Cunardlinie heranreicht: natürlich bedarf es zur Ausführung dieser Pläne einer starken Kapitalanspannung. Im nächsten Jahre wird es also einen scharfen Kampf um das „Blaue Band“ des Ozeans zwischen Lloyd und Cunard geben. Ausgesprochen flau liegen fast sämtliche Autowerte, an der Spitze N. A. G. (39 nach 55 Proz.), Daimler (60 nach 72) und Adler Kleyer (60 nach 90). Bei Adler Kleyer ist eine Kapitalzusammenlegung zu erwarten, die sich zwischen 3:2 und 2:1 halten wird. Sachlich wird von einem starken Rückgang des Autoabsatzes berichtet, welcher allerdings saisonmässig mit bedingt ist, allgemein haben anscheinend die Kosten der schnellen Rationalisierung die finanziellen Kräfte der Werke vorzeitig erschöpft. Die Ausfuhr von Autos nach dem Ausland ist zwar gestiegen, doch hat sich anderseits auch die Einfuhr ausländischer Wagen stark gehoben. Hartnäckig erhalten sich die Gerüchte von einer bevorstehenden starken Interessennahme der General Motors an den Opelwerken, einer der erfolgreichsten Autofabriken Deutschlands, die besonders in der Produktion von Serienwagen an erster Stelle stehen. Auf die drohende Biersteuer lagen hauptsächlich Schultheiss und Ostwerke schlapp, obwohl die Verteuerung auf ein grosses Glas Bier ungefähr ½ Pfennig ausmachen würde; doch weiss man aus Erfahrung, dass besonders in Norddeutschland, diese Verteuerung dem Konsumenten nicht mit einem Pfennig, wie in Bayern, sondern mit 5 Pfennig aufgerechnet wird und natürlich auf den Konsum hemmend wirkt. Auch Polyphon sind Baisseangriffen ausgesetzt, man hält auch hier die Konjunkturhöhe für überschritten, nachdem die englische Duophone-Gesellschaft liquidieren musste, wobei der Kurs in London nach einem

Höchststand von 90 Shilling pro 10-Shillingaktie auf 7½ Shilling zusammenfiel. Seit langem lagen das erste Mal auch Elektrizitätsaktien recht schwach, besonders A. E. G., wo die Erklärung einer nur gleichen Dividende von 8 Proz. die Börse arg enttäuschte, und Siemens und Halske, bei der die nur 2 Proz. höhere Dividende und die Abschlusszahlen, welche eine bedeutend geringere Liquidität nachweisen, nicht befriedigten. Dagegen zeigte sich zeitweise Interesse für Zellstoff-Waldhof-Aktien, in denen die Notierung des Bezugsrechtes bevorsteht und von denen 1 Million Aktien an die englische Gruppe Helbert Wagg & Company verkauft wurden. Der Karstadt-Konzern erklärt wieder 12 Proz. Dividende und meldet Fortschritte in der Exportabteilung und im Engrosgeschäft, sowie gute Erfolge der Einheitspreisgeschäfte. Nach langer Zeit zeigt sich wieder Interesse für Montanwerke bei dauernden Käufen der Darmstädter Bank. Anregend wirkte hier die nicht erwartete Dividende von 6 Proz. bei den Ver. Stahlwerken, von 6½ Proz. bei der Phönix Bergw.-A.-G. und 7 Proz. bei den Mitteldeutschen Stahlwerken. Allerdings wirkt sich bei den Abschlusszahlen der Streik noch nicht aus, der allein bei den Ver. Stahlwerken einen Umsatzausfall von 100 Millionen Mark zur Folge hatte. Die Mitteldeutschen Stahlwerke können trotz eines 5½-wöchentlichen Streiks im Frühjahr, immerhin einen zweimaligen Kapitalumschlag melden, gegen einen anderthalbfachen der Ver. Stahlwerke. Im allgemeinen sind die Nachwirkungen der Eisenaussperrung immer noch nicht beseitigt. Arbeitszeitkürzungen und Entlassungen müssen vorgenommen werden, in vielen Wirtschaftszweigen kommt das Geschäft nur schleppend wieder in Gang, im Bergbau sind nur die Koksbestände geräumt, in der Grosseisenindustrie ist nicht zu erwarten, dass in absehbarer Zeit die jetzt volle Beschäftigung beibehalten werden kann. Grosse Käufe für amerikanische Rechnung wurden in Dessauer Gas-Aktien beobachtet. Diese Gesellschaft hofft die Ferngasversorgung aus dem Ruhrgebiet auszuführen, während die Mannesmannröhrenwerke, in denen zeitweise ebenfalls stärkere Käufe bemerkt wurden als Röhrenlieferant in Betracht kommen. Bemerkenswert ist die dauernde Hausse in Otavi-shares, welche auf starke Londoner Käufe den Kurs von 70 erreichen konnten, zu deren Begründung auf die starke und anhaltende Steigerung am Kupfermarkt hingewiesen wird. Im allgemeinen verkehrt die Börse bei nicht zu übertreffender Umsatzlosigkeit in völlig lustloser Haltung. Erst die Resultate der Reparationskonferenz dürften hier eine Aenderung bringen.

Heinz Lindenberg.

Anknüpfung von Geschäftsverbindungen.

1. Griechische Firma will aus Polen Galanterieartikel aus der Herrenbranche einführen.

2. Griechische Firma will Vertretung von Baumwollerzeugnissen übernehmen.

3. Griechische Firma übernimmt Vertretung polnischer Firmen für Eisen, Eisen- und Kupferdraht, kleinere Eisenerzeugnisse, Eisenzäune usw.

4. Firma aus Athen übernimmt Vertretung polnischer Firmen für Tuche, Garbadine, Futterstoffe, Poppeline usw.

5. Griechische Firma übergibt Vertretung einer bedeutenden polnischen Firma aus der Textilbranche für Seide.

Nähere Informationen erteilt Miejski Urząd Targu Poznańskiego Poznań, Głogowska 42.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt und Verlag: Dr. Alfred Gawlik, Katowice. — Verlag „Hermes“ Sp. z ogr. odp., Katowice. — Druck: Sl. Zakl. Graf. i Wyd. „Polonia“ S. A. Katowice